

Parlamentarismus in Klaggestan

Wieder Krawall im Landtag

SPD Braunschweig, 19. Mai.

Auch die Donnerstagssitzung des Landtags gestaltete sich recht für mich und führte schließlich zur Räumung der Tribünen und zum Aufstehen der Sitzung. Die Nazis hatten auf die Tribünen ihre SA-Leute dirigiert, die dauernd in die Verhandlungen eingriffen und die sozialdemokratischen Abgeordneten beschimpften und bedrohten. Der Hauptkrawall entstand bei der Behandlung eines nationalsozialistischen Antrags auf Aufhebung des SA-Verbotes.

Zu Beginn der Sitzung hatte die sozialdemokratische Fraktion gegen die am Vortage ungeschlichtet zustande gekommenen Beschlüsse des Rumpfparlamentes protestiert und verlangt, daß der Resttag zusammengetreten. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab. Sodann spielten in der Debatte die Röhmer-Briefe eine Rolle, deren Herr Klages unter Mißbrauch der Redeordnung dem sozialdemokratischen Braunschweiger „Volksfreund“ eine Aufsatznachricht zugeordnet hatte, deren Aufnahme jedoch verweigert worden war. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte von Klages, daß er die geschilderten Verhältnisse gegenüber den Zeitungen innehaltend. Bei der Begründung wurde nachgewiesen, daß gegenüber allen Ablehnungsversuchen die Röhmer-Briefe echt sind. Klages gestand die Zwangsnachricht deshalb gefordert zu haben, weil durch die Ver-

öffentlichung der Röhmer-Briefe Adolf Hitler beschimpft worden sei. Außerdem wären große Teile der Bevölkerung „aufgereizt“ worden.

Scharf ging die SPD-Fraktion nochmals mit Minister Klages ins Gericht, als auf die demagogische Ausnutzung der Stellung des Harzbergbaues durch die Nazis hingewiesen wurde. Klages habe zwar als Parteimann die Bevölkerung wild gemacht, jedoch als Minister habe er zuerst den Stillschließungsantrag gestellt, bzw. stellen lassen.

Als nach diesen erregten Debatten der Naziantrag auf Aufhebung des SA-Verbotes behandelt wurde, artete die Sitzung immer mehr in Krawall und Skandal aus. Ein Nazirechtsanwalt beschimpfte Bröner und Hindenburg und drohte mit „Abrechnung“. Der „Parteiobozze“ Weizsäcker habe in Köln mit Recht Schläge bekommen. „Alle diese Unverschämtheiten gingen ohne Ordnungsurteil durch. Als dann der sozialdemokratische Redner Thielmann der Braunschweiger SA ihr Sündenregister vorhielt und nachwies, was diese Verbrecherbanden alles auf dem Gewissen haben, ging der bestellte Standlos. Fast entwickelte sich eine Schlägerei, die nur durch das Dazwischenreten sozialdemokratischer Abgeordneter verhindert werden konnte. Ein ungeheurer Krawall herrschte, der Präsident war unfähig, die Verhandlungen zu leiten. Schließlich ordnete er die Tribünenräumung an. Die Sitzung fiel auf.

Landtag in der nächsten Woche lediglich leerlaufende Sitzungen mit großen Reden und viel Lärm zu verzeichnen haben wird. Die wichtigste politische Entscheidung bleibt zunächst, wie ebenfalls schon mehrfach hervorgehoben, bei den Kommunisten. Niemand weiß bisher, wie die Direktiven lauten werden, die die kommunistische Landtagsfraktion aus Moskau bezog oder noch beziehen wird. Daß es den Kommunisten nicht wohl ist in dieser Situation, ist hinreichend genug bekannt. Die Rote Fahne hat unlängst einen Vorschlag für die Lösung dieser aktuellen Probleme gemacht, indem sie schrieb, es genüge doch, wenn sich mit den Kommunisten die Sozialdemokraten und die Zentrumsabgeordneten bei der Wahl des Landtagspräsidenten der Stimme enthalten würden. Dann würde eine Mehrheit nicht zu erlangen sein. Diese Auffassung ist nicht zu bestreiten. Damit ergäbe sich aber, daß der preussische Landtag überhaupt niemals, selbst im beschränktesten Umfange, arbeitsfähig werden würde. Denn selbst die Wahl eines Präsidenten wäre dann in Frage gestellt. Immerhin bezeugt diese Auffassung, die die Rote Fahne vertritt, daß auch die Kommunisten nach einem Ausweg suchen, denn sie haben die Verantwortung vor der Weltgeschichte, ob die Nazis in Preußen „herangelassen“ werden sollen oder nicht. In dieser Rolle ist es den kommunistischen Demagogen durchaus nicht wohl.

Jedenfalls wird mit einer positiven Entscheidung über die weitere Entwicklung in Preußen während der nächsten Woche kaum zu rechnen sein. Die Auffassung, daß Otto Braun geschäftsführender Ministerpräsident bleiben wird, verbreitet sich mehr und mehr. Wie sich Otto Braun selbst dazu stellen wird, ist vorläufig noch zweifelhaft; denn er ist derjenige gewesen, der im preussischen Kabinett die Initiative für den seinerzeit gefassten Rücktrittsbeschluss ergriffen hat.

Die Lösung der brennendsten Probleme in Preußen wird auf die politischen Entscheidungen, die im Reich zu treffen sein werden, nicht ohne Bedeutung sein. „Der Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, das dem Arbeitsminister Stegerwald sehr nahe steht, befaßt sich in einem Leitartikel der Freitagnummer mit der Krise im Reichskabinett. Es beschäftigt sich vor allem mit dem Problem, das von der nationalsozialistischen Presse aufgeworfen worden ist, ob eine Ergänzung oder Umbildung des Brüning-Kabinetts in Frage käme. Dazu bemerkt „Der Deutsche“ u. a.:

„Eine Ergänzung des Kabinetts ist notwendig. Das Reichswirtschaftsministerium ist zu besetzen, desgleichen das Reichswirtschaftsministerium. Ob Brüning tatsächlich die Leitung des Innenministeriums behalten wird, ist fraglich. Weiter ist anzunehmen, daß der Kanzler auf die Dauer das Außenministerium nicht mitverwalten will. Die Minister Schiele und Schlangemeier scheinen gefährdet, wie die Haltung der Parteien zu den unerledigt gebliebenen Mißtrauensanträgen erkennen ließ. Auch der Finanzminister Dietrich ist seit längerer Zeit umstritten.“

Nicht immer ist hundertprozentig eingetroffen, was im Organ Dr. Stegerwalds prophezeit worden ist. Immerhin schreiben die Redakteure seines Blattes nicht ohne jede intimere Kenntnis der Stimmungen, die im Reichskabinett vorhanden sind. Auch „Der Deutsche“ wagt auf die Tatsache hin, daß in Preußen noch nicht die geringste Aussicht vorhanden sei, um zu übersehen, wie sich die Dinge dort im einzelnen entwickeln werden. Auch „Der Deutsche“ kennzeichnet die Gefahren, die durch den Vorstoß der Reichswehrkommandantur entstanden sind. Er kommt zu ähnlichen Schlüssen hinsichtlich der Ziele, die der General von Schleicher verfolgt haben mag, wie sie vor wenigen Tagen in diesen Spalten vertreten worden sind. „Der Deutsche“ schließt mit der Bemerkung, daß es den Anschein habe, „alles in allem genommen, als fänden wir an einem entscheidenden Punkt der politischen Entwicklung.“ Diese Feststellung ist nicht eben eine Weisheit besonderer Art. Daß die nächsten Wochen und Monate für die Entwicklung in der deutschen Republik von ausschlaggebender Bedeutung sein werden, war ohnedies bereits hinreichend genug bekannt. Vorläufig liegt die Initiative über den weiteren Gang der Ereignisse in Preußen. Dann folgt die Konferenz von Lausanne, und es scheint heute schon festzustehen, daß der Ausgang dieser Reparationskonferenz positive, am allerwenigsten aber endgültige Beschlüsse, wie sie Dr. Brüning in seiner Reichstagsrede erwartet hatte, kaum bringen wird.

Die Nazi-Fraktion tagt

Feuchtkröbliches Beisammensein im Weinhaus

Die Nazi-Fraktion des neuen Preussischen Landtags hielt am Donnerstag in Anwesenheit Hitlers ihre erste Sitzung ab. Der erste Teil der Beratungen ging im Hotel Albrecht bei Bier und Schnaps vor sich, der zweite im Landtag ohne Alkohol. Der erste Teil wurde ausschließlich von Hitler mit Redensarten bestreut, der andere von Kube, dem nicht erwählten, sondern von Hitler ernannten Vorsitzenden der Preussischen Nazi-Fraktion.

Kube und Genossen haben über den Verlauf der Tagung einen offiziellen Bericht herausgegeben, dessen Inhaltslosigkeit durch seinen Umfang weitgemacht werden soll. Es ist ein echter Nazi-Bericht. Er enthält nichts als Phrasen und Redensarten, die jeder auslegen kann wie er will. Die Herrschaften pochen zwar auf ihre Stärke, aber was sie damit anfangen wollen und werden, wissen sie selbst nicht.

Am Abend begaben sich die Nazi-Abgeordneten nach dem Weinhaus Wühl in der Stresemann-Strasse zu einem feuchtkröblichen Beisammensein. Es wurde dort so geschliffen, gepöflet und gesungen, daß das Publikum auf der Straße stehen blieb.

SPD Berlin, 20. Mai.

Die wiederholt von uns wiedergegebene Meinung, daß die Nationalsozialisten vorläufig nur so tun, als ob sie in Preußen mitregieren wollten, in Wirklichkeit aber gar nicht daran denken, sondern allein regieren wollen und daher die absolute Mehrheit im Preussenparlament erstreben, findet mehr und mehr ihre Bestätigung. So wird über den internen Gang der gestrigen Sitzung der preussischen Nazi-Fraktion mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten eine neue Auflösung des Landtags anstreben. Sie hoffen dabei auf die Unterstützung der Kommunisten und sichten sich ein, daß sie bei einer Neuwahl ihren bisherigen unnatürlichen Vorstoß fortsetzen können.

Heimwehrüberfall in Donawitz

SPD Wien, 19. Mai.

Am Donnerstagnachmittag überfielen Heimwehrlente in dem heilsüchtigen Orte Donawitz, dem Gebiet der Alpenen Montanangehörigkeit, sozialdemokratische Arbeiter. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Die Heimwehrlente zogen schwerbewaffnet durch die Stadt und stießen Drohungen gegen die Arbeiter aus. Die Gendarmerie verhielt sich völlig passiv. Eine der Heimwehrabteilungen in Stärke von 10 Mann überfiel einen 51-jährigen Arbeiter. Ein Heimwehrmann rief: „Das ist auch so ein roter Hund!“ Daraufhin stürzten sich die schwerbewaffneten Heimwehrlente auf den wehrlosen Arbeiter, schlugen ihn nieder und mißhandelten ihn, bis er aus vielen Wunden blutend lebensgefährlich verletzt zu Boden sank. Bewußtlos warfen sie ihn in den Straßengraben und ließen ihn dort liegen. In einem andern Heimwehrvortrieb schossen die Faschisten auf Arbeiter. Zwei Arbeiter wurden verletzt.

Die Lage in Japan

Bevorstehende Regierungsbildung

Politik der eisernen Hand in der Mandchurie

Ul Lotta, 19. Mai.

Am Donnerstag fanden bedeutende Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Seiyukai-Partei (Konj.), Suzuki, und dem nationalsozialistischen Kriegsminister Kato, der die Armee vertritt, über die Zusammenlegung und das Programm des neuen japanischen Kabinetts. Wie verlautet, ist dabei bereits eine Verständigung getroffen worden, so daß mit der Kabinettsbildung durch Suzuki bereits am Freitag gerechnet wird. Der Kaiser, der den Rücktritt des bisherigen Kabinetts noch nicht angenommen hat, hat sich allerdings noch nicht entschieden. Die maßgebenden Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem „älteren Staatsmann“ Prinz Satomi sollen noch am Donnerstagabend spätestens am Freitag morgen stattfinden. Nach Meinung unterrichteter politischer Kreise hat sich Prinz Satomi zu einer weitgehenden Berücksichtigung der Wünsche der Armee, die ein überparteiliches nationales Kabinett fordert, bereit erklärt. Man rechnet allgemein damit, daß Suzuki Ministerpräsident, Yoshida, der jetzige japanische Botschafter in Rom, Außenminister, Shoda Finanzminister, General Uragi Kriegsminister und Vizeadmiral Suetsugu Marineminister wird. Auch der einflussreiche Führer des japanischen Oberhauses, Prinz Konoye, dürfte einen Ministerposten erhalten.

Die japanische Telegraphen-Agentur „Schimbun Kengo“ teilt mit, daß die Verhandlungen über die Umbildung des japanischen

Kabinetts am Freitag beendet werden würden. Das Kabinett werde am 21. Mai vereidigt werden und in einer besonderen Sitzung des Parlaments sein Programm darlegen.

Wie verlautet, werden jetzt die Richtlinien der neuen japanischen Außenpolitik durch eine Aussprache zwischen dem kommenden Ministerpräsidenten Suzuki und den japanischen Militärstellen durchgearbeitet. Sie sollen sich von der Politik des bisherigen Kabinetts scharf unterscheiden. In bezug auf die Mandchurie soll die Politik der eisernen Hand durchgeführt werden, während gegenüber Scharghai keine Änderung eintreten soll. Was die Sowjetunion angeht, so solle keine wesentliche Veränderung eintreten, doch können Verwicklungen entstehen, wenn die Sowjetregierung Japan in der Mandchurie Schwierigkeiten bereiten sollte.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Japan wirkt sich außenpolitisch ungemein gefährlich aus. Der Einfluß der Militärstellen im neuen Kabinett wird ein harter sein, und wohnt die Reise gehen soll, zeigen die neuen außenpolitischen Richtlinien, nach denen in der Mandchurie eine „Politik der eisernen Hand“ durchgeführt werden soll. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Politik der Verhältnisse im fernem Osten noch komplizierter machen würde, als sie heute schon sind und daß sie insbesondere die Gegenläufe und Schwierigkeiten zwischen Japan und Rußland noch verschärfen müßte. Welche Gefahren aber ohnehin schon in der Mandchurie bestehen, geht daraus hervor, daß japanische Truppen, wie die Telukon meldet, sich auf dem Wege befinden, um Sachalin zu besetzen. Sachalin liegt nur etwa 8 Kilometer von der sowjetrussischen Grenze gegenüber der Stadt Blagoweschtsk.

Ein Vorstoß an falscher Stelle

Nationalistische Besse gegen de Brodère

Seit Wochen wurde in der deutschen Presse über die Verhandlungen der Ausschüsse und Unterausschüsse der Genfer Abrüstungskonferenz fast kaum mehr berichtet. Mit einem Male sind die Spalten wieder voll Genfer Telegramme. Warum? Weil im technischen Ausschuss für das Luftfahrzeugwesen ein deutscher Antrag von dem belgischen Delegierten de Brodère befohlen ist und daraufhin mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden ist. Darob Triumphgeschrei der deutschen Reichspressen: „Der Sozialist de Brodère als Wortführer des französischen Imperialismus!“ Die zweite Internationale für einseitige Entwaffnung Deutschlands! Man kann darauf gefaßt sein, daß dieses Thema in den Blättern und Berlangungen der Reichspressen noch tagelang wochenlang dreitgetreten werden wird.

Es handelt sich hier selbstverständlich um einen großen Schwindel, dem man nicht früh und scharf genug entgegengetreten kann. Der Tatbestand ist der, daß der deutsche Delegierte für Luftfahrzeugwesen, Ministerialdirektor Brandenburg, versucht hat, in einem technischen Unterausschuss eine prinzipielle Entscheidung über eine juristisch-politische Frage vorwegzunehmen zu lassen. Der Unterausschuss sollte einen Fragebogen beantworten bezüglich derjenigen Luftwaffen, die als Angriffswaffen bezeichnet werden müssen. Der deutsche Vertreter verlangte, daß generell alle Luftfahrzeuge als Angriffswaffen erklärt werden. Denn, so argumentierte er, der Versailler Vertrag habe Deutschland die Militärflugzeuge überhaupt unterlag, offenbar doch nur, weil sie Angriffswaffen diene.

Diese an sich logische Begründung hatte nur den Fehler, daß sie an unrichtiger Stelle vorgetragen wurde. Der Versuch, eine solche prinzipielle Entscheidung über die einseitigen Bestimmungen des Friedensvertrages in einem technischen Unterausschuss zu erzwingen, mußte misslingen. Der deutsche Antrag verfiel der Ablehnung mit 22 gegen 7 Stimmen, wobei außer den ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands im Weltkriege, die ähnlich wie Deutschland einseitig entwaffnet wurden, nur Rußland und China für den deutschen Antrag stimmten.

Um seine selbstverschuldeten und verminderten Niederlage abzumildern, hat Ministerialdirektor Brandenburg nachträglich versucht, der deutschen Presse gegenüber die Abstimmung der Unterkommission als eine prinzipielle Entscheidung zugunsten der einseitigen Bestimmungen des Friedensvertrages hinzustellen, die unter Führung des Sozialisten de Brodère getroffen worden sei. Die deutschen Verleumdungskampagnen in Genf, die zum Teil völlig in nationalsozialistischen Fahrwasser segeln und Anweisung haben, um jeden Preis „Material“ zur Bekämpfung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie zusammenzutragen, haben sich sofort daran gemacht, diesen Zwischenfall auszunutzen.

Ritter vom Hinterhalt

„Wir führen den Wahlkampf ritterlich durch!“ So schrieb der Hitler an Hindenburg. Erst taunen! — mit einmal vernünftiger Brauch? Dann weiß man, es gibt ja auch Ritter vom Strauch! Das sind die Helden vom Hinterhalt! Die machen aus Laune ihr Opfer fast! Sie kennen nur Haß, nur Gier und Mut, Und „bis an die Knöchel waten im Blut!“ Sie reden — wohl weiß es auch ihr Gesicht — Am liebsten vom Galgen, von Hans und Strick! Auf den Pfiff schon wollen sie, was sie sollen. Sie sind dressiert auf's „Köpfe rollen“.

Rl. Mi.

Rosenberg als Privatflieger

Eine wichtige Zeugin

Hitler kam aus dem tschechischen Braunau und erhielt mit seiner Ernennung zum Parteibuchbeamten in Braunau die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch Alfred Rosenberg, der Chefredakteur des Völkischen Beobachters, der in außenpolitischer Sondermission Hitlers nach London reisen durfte, war vor nicht allzu vielen Jahren kein Deutscher, sondern Balte. Obwohl selbst der Reichskanzler Dr. Brüning in hochpolitischer Debatte im Reichstag unter Hinweis auf Rosenbergs Herkunft von Balten gesprochen hatte, brachte es ausgerechnet das Blatt Rosenbergs fertig, Sozialdemokraten als hergekauften Galgler und die SPD-Presse als vaterlandslose Gesellen zu bezeichnen. Das bußete Rosenberg, dem doch zu Gehör gekommen sein mußte, wie stark eine Vergangenheit im dritten war und zu wie viel Diskussionen sie Anlaß war. In diese Situation plähte im Februar die Mitteilung der Pariser Wochenzeitschrift „Je suis partout“ hinein, die u. a. berichtete, daß anlässlich Rosenbergs diplomatischer Rundreise sich gewisse glaubwürdige Personen daran erinnerten, Herrn Rosenberg während des Krieges in Paris bei bestimmter Tätigkeit kennen gelernt zu haben. Diese Meldung der französischen Wochenzeitschrift griff auch der sozialdemokratische Presseklub auf. Eine Reihe Parteizeitungen druckten neben der bürgerlichen Presse die Mitteilung der französischen Wochenzeitschrift „Je suis partout“ nach.

Rosenberg strengte Privatklage gegen die verantwortlichen Schriftleiter des 12-Uhr-Blattes, der Berliner Volkszeitung, der Leipziger Volkszeitung, der Breslauer Volkswacht und der Münchner Post an. Die Verantwortlichen waren: Hermann Hader, Berlin, Kurt Caro-Berlin, Kurt Günther-Leipzig, Walter Ludwig-Breslau und Edmund Goldschagg-München. Die Hauptverhandlung begann am 19. Mai vor dem Amtsgericht München, der durch politische Prozesse bekannten Abteilung „In der Au“. Die Angeklagten, die durch die Rechtsanwältin Gräfin von Festaloga und Genossen Dr. Löwenfeld verteidigt wurden, erklärten nach Auffassung des Gerichts hinsichtlich verdächtig, öffentlich in Beziehung auf Rosenberg, nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet und verbreitet zu haben, die geeignet sind, den Privatflieger verdächtig zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. In der Verhandlung, die Amtsgerichtspräsident Frank leitete, brachte Rosenberg zum Ausdruck, daß er nie während des Krieges in Paris gewesen sei und auch nie Spionage getrieben habe.

Die Angeklagten erklärten, daß sie die pressegesetzliche Verantwortung für die inkriminierten Artikel tragen; im übrigen stützten sie sich auf die Mitteilung der Zeitschrift „Je suis partout“. Charakteristisch sei, daß Rosenberg gegen diese Stelle, die doch als die Quelle der Behauptung über Rosenbergs Informationsdienst im Außenministerium in Paris in Frage komme, keine Anzeige erstattete. Entschieden Bewahrung wurde dagegen eingeleitet, daß gerade die von Rosenberg geleitete Hitler-Presse sich im Deutschlandum der nationalsozialistischen Führer überschlugte, obwohl gerade dort dazu am wenigsten Anlaß gegeben wäre.

Da Rosenberg bei seiner Erklärung blieb, nicht während des Krieges im Qual d'Orsay als russischer Staatsangehöriger Dienst getan zu haben, beantragten die Verteidiger die Vernehmung einer gegenwärtig in Paris lebenden Frau Kolb, die bestätigen sollte, daß Rosenberg erklärt hat, sich während des Krieges wiederholt in Paris aufgehalten zu haben. Der Verteidiger des Privatfliegers Rosenberg wandte sich entschieden gegen die Zulassung des Beweisantrages, da dieser für die weitere Prozeßführung unerheblich sei. Der Vorsitzende verkündete die Zustimmung zu der beantragten kommissarischen Vernehmung der Zeugin durch das deutsche Generalkonsulat in Paris und die Auslegung der Hauptverhandlung.